

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Archiv-Version



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Franziska Davies

Der koloniale Blick auf Osteuropa

Der Auftritt von Harald Welzer als Symptom deutscher Schief lagen

DOI: 10.14765/zzf.dok-2777

Archiv-Version des auf dem Portal **zdbooks.de** am 31.05.2024 erschienenen Textes:
<https://www.zdbooks.de/dossier-ukraine-2024/davies-der-koloniale-blick-auf-osteuropa>

© Davies, Der koloniale Blick auf Osteuropa, in: Lehmann/Schuhmann (Hg.), Die Wirklichkeit ist angekommen, Potsdam 2024, S. 196-204, DOI: 10.14765/zzf.dok-2777

Copyright © 2024 – Dieser Text wird veröffentlicht unter der Lizenz Creative Commons BY-NC-ND 4.0 DE. Eine Nutzung ist für nicht-kommerzielle Zwecke in unveränderter Form unter Angabe des Autors bzw. der Autorin und der Quelle zulässig. Im Artikel enthaltene Abbildungen und andere Materialien werden von dieser Lizenz nicht erfasst.



Franziska Davies

Der koloniale Blick auf Osteuropa

Der Auftritt von Harald Welzer
als Symptom deutscher Schieflagen

12. Mai 2022

Befindlichkeitsdiskurse, mediale Logiken und die Absurditäten des professoralen Habitus

Am vergangenen Sonntag, am 8. Mai 2022, war – zum wiederholten Male – in der Talkshow von Anne Will der Krieg Russlands gegen die Ukraine Thema. Die Gäste waren der Generalsekretär der SPD Kevin Kühnert, der ehemalige CDU-Politiker Ruprecht Polenz, der Botschafter der Ukraine in Deutschland Andrij Melnyk, die Fraktionsvorsitzende der Grünen Britta Haßelmann sowie der Soziologe/Sozialpsychologe Harald Welzer.

Jede Einladungsliste einer Talkshow folgt einer bestimmten Logik: Es sollen konträre Positionen aufeinandertreffen und Repräsentant:innen aus Medien, Gesellschaft und Politik und (manchmal) der Wissenschaft vertreten sein. Welche Rollen wurden in dieser speziellen Ausgabe eingenommen? Britta Haßelmann und Kevin Kühnert waren als Vertreter:innen der Regierungsparteien da, Ruprecht Polenz in der Rolle des konservativen *elder statesman*, der inzwischen – nicht zuletzt durch seine Twitter-Aktivitäten – zu einer wichtigen Stimme in öffentlichen Debatten geworden ist. Botschafter Melnyk nahm, seiner offiziellen Funktion und seinen persönlichen Überzeugungen entsprechend, die Aufgabe wahr, die Anliegen der Ukraine zu kommunizieren. Harald Welzer sollte die

Rolle des public intellectuals und Wissenschaftlers einnehmen, der sich ebenfalls früh zum Krieg positioniert hatte. Somit stand Welzers Rolle ebenfalls fest.

Auf den ersten Blick könnte man also sagen, dass diese Runde durchaus gut gewählt war mit Stimmen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft, bei denen es absehbar war, dass die Debatte kontrovers werden würde. Tatsächlich aber war die Rollenzuweisung Welzers von vorneherein problematisch: Er ist zwar zweifelsohne ein ausgewiesener Wissenschaftler, der 2002 mit »Opa war kein Nazi« auch für die Geschichtswissenschaft ein wichtiges Buch vorgelegt hat, Osteuropa-Expertise besitzt Welzer hingegen nicht.

Diese Position blieb somit letztlich frei, und damit wiederholte sich ein altbekanntes Muster der Einladungspolitik von Diskussionsrunden, das von Osteuropa-Expert:innen schon seit dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine im Jahr 2014 beklagt wird: Expert:innen (seien es Wissenschaftler:innen oder Journalist:innen) für die Ukraine beziehungsweise Russland waren (und sind) im Diskurs zu wenig vertreten, von Ukrainer:innen ganz zu schweigen. Stattdessen wurden und werden Personen in die Expert:innen-Rolle verwiesen, die de facto in dieser Hinsicht nichts vorzuweisen haben. Die ehemalige Russland-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz ist da lediglich das extremste Beispiel. Krone-Schmalz wird dem Publikum in der Regel als »Russland-Expertin« präsentiert, wobei sie tatsächlich kaum über Russland sprach, sondern unter dem Deckmantel westlicher »Selbstkritik« und der »Herstellung von historischen Kontexten« auf geschickte Weise Narrative des Kremls reproduzierte und maßgeblich zum Erfolg russischer Propaganda in Deutschland beitrug.

Zweifelsohne hat sich in dieser Hinsicht seit dem 24. Februar 2022 einiges getan. Plötzlich sah man den renommierten Osteuropa-Historiker Karl Schlögel oder die ukrainisch-deutsch-jüdische Autorin Katja Petrowskaja auf den Sesseln der Talkshow-Gastgeber:innen sitzen. Mittlerweile scheint es jedoch, als sei dies nur eine kurze Phase gewesen. So lässt sich inzwischen eine vorrangige mediale Präsenz von Personen beobachten, die zwar eindeutige

Positionen beziehen, sich aber nicht durch – man muss es in dieser Deutlichkeit sagen – auch nur die geringste Osteuropa-Expertise auszeichnen. Gleiches gilt für Kompetenzen im Bereich der Militär- und Sicherheitspolitik. Eindrücklichstes Beispiel dafür ist die »Debatte« um den in der Zeitschrift »Emma« verfassten offenen Brief, deren Unterzeichner:innen in der Folgewoche mit zahlreichen Beiträgen in den Printmedien, im Rundfunk und im Fernsehen vertreten waren. Es spricht zwar nichts dagegen, auch diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die keine fachliche Expertise haben, mindestens die Frage nach der Verhältnismäßigkeit ist hier jedoch relevant. Die Präsenz von Alice Schwarzer oder Welzer weist beispielhaft auf ein bestehendes Missverhältnis hin.

Tatsächlich sollten Journalist:innen – gerade der öffentlich finanzierten Medien – ihre Sorgfaltspflicht wahrnehmen, und dies betrifft nicht nur die Frage, wem man die Rolle des Experten/der Expertin oder des nachdenklich kommentierenden *public intellectuals* zuweist. Das würde verhindern, dass etwa mit Sahra Wagenknecht Politiker:innen ein Forum geboten wird, die sich trotz der zahlreichen systematischen Kriegsverbrechen der russischen Armee weigern, den Aggressor dieses Krieges eindeutig zu benennen. So sprach Wagenknecht in der Sendung »Maischberger« am 3. Mai 2022 allen Ernstes von »Kriegsverbrechen auf beiden Seiten«, die es ja schließlich in solchen Situationen immer gäbe. Wenn Personen empirisch nachweisbare Fakten nicht als Grundlage einer Debatte zur Kenntnis nehmen können oder wollen, ist eine Auseinandersetzung mit ihnen intellektuell kein Gewinn, sondern trägt lediglich zur Verbreitung von Desinformation bei und macht schließlich die Relativierung von genozidaler Gewalt salonfähig. Der Anspruch auf politische Ausgewogenheit kann nicht bedeuten, dass die Verleugnung von Russlands Verantwortung für Kriegsverbrechen in der Ukraine dem Publikum als »Meinung« präsentiert wird.

Wenn also Medienschaffende die Auswahl ihrer Gesprächspartner:innen in diesem Sinne trafen, wäre das schließlich keine Einschränkung der Meinungsfreiheit oder gar »Zensur«. Es gibt weder für Politiker:innen noch für andere Personen des öffentlichen

Lebens einen Anspruch auf regelmäßige Teilnahme an TV-Shows oder Interviews in Zeitungen. Für die Kommunikation ihrer politischen Positionen stehen ihnen u.a. Pressesprecher:innen und soziale Medien zur Verfügung. Teil der Meinungs- und Pressefreiheit ist die Freiheit der Redaktionen solche Entscheidungen selbstständig zu treffen und sich nicht auf die Funktion zu reduzieren, dem Schaulaufen unterschiedlicher Positionen einen medialen Rahmen zu geben.

In der Sendung von »Anne Will« am vergangenen Sonntag zeigte sich zudem eine zweite Schiefelage in der deutschen Debatte über die Ukraine: ein nach wie vor weit verbreiteter kolonialer Blick auf dieses Land. Eindrücklicher Höhepunkt hierzu war ein Schlagabtausch zwischen Botschafter Melnyk und Welzer um die Frage, wie das Unbehagen in der deutschen Gesellschaft in Hinblick auf Waffenlieferungen an die Ukraine zu erklären sei. Welzer forderte Melnyk in einem ausgesprochen überheblichen Tonfall auf, dass dieser doch jetzt mal die »Sprecherposition« wahrnehmen und zuhören solle: Er selbst habe, so Welzers Argumentation, durch die eigene Familienbiografie, stellvertretend für die Biografien vieler Deutscher, eine besondere Sensibilität für die Frage danach, was Krieg eigentlich bedeutet. Damit behauptete er, dass Deutschland über historisches Wissen verfüge, das Melnyk als Vertreter der Ukraine fehle.

Abgesehen von der narzisstischen Selbstbezogenheit, die Welzer damit offenbarte, zeigte er zugleich, dass er die Perspektive osteuropäischer Länder, in diesem Fall die der Ukraine, erstens nicht kannte und sich zweitens nicht für sie interessierte. Und das, obwohl sie anders als die Deutschen den Zweiten Weltkrieg nicht als Täter, sondern als Opfer erlebt hatten. Dies war umso erstaunlicher angesichts der Tatsache, dass Botschafter Melnyk zuvor überzeugend argumentiert hatte, dass das deutsche »Nie wieder« jetzt in der Ukraine auf dem Prüfstand stehe und auch die Geschichte des Zweiten Weltkrieges gezeigt habe, dass die militärische Unterstützung der Angegriffenen (in diesem Fall amerikanische Waffenlieferungen an die Sowjetunion) eine wichtige Rolle spielen kann.

Welzer ließ sich davon nicht beeindrucken und trieb das Ganze dann mit der Bemerkung auf die Spitze, dass Deutschland den Krieg und die Akzeptanz der eigenen Täterschaft vorbildlich aufgearbeitet habe. Als Nachweis dafür diene ihm ausgerechnet die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker aus dem Jahr 1985, als dieser das Kriegsende zur »Befreiung« deklariert hatte. Das war zweifelsohne eine wichtige Zäsur, zugleich aber war die Rede mindestens ambivalent, was die Rolle der deutschen Gesellschaft und der deutschen Soldaten anging. Immerhin sprach Weizsäcker davon, dass die meisten Deutschen geglaubt hätten für eine »gute Sache« zu kämpfen, die »Ausführung des Verbrechens« habe »in der Hand weniger« gelegen. Zwar gestand er zu, dass zu viele Deutsche weggesehen hätten. Dass aber viele von ihnen Antisemitismus und Vernichtungskrieg aktiv mitgetragen hatten, unterschlug er.¹

Aber nicht allein deswegen war Welzers impliziter Stolz auf die deutsche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit fragwürdig. Schließlich ist sie eine gegen massive Widerstände erkämpfte Errungenschaft – und das obwohl Deutschland eindeutig Täter war. Und dennoch lebten zumindest die Menschen in der Bundesrepublik nach dem Krieg in einem demokratischen Land mit geschützten Grenzen und erfuhren schließlich einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung – eigentlich gute Voraussetzungen für eine gründliche Auseinandersetzung mit den Folgen des deutschen Vernichtungskrieges für die Menschen in Osteuropa. Nichtsdestotrotz sind die gesellschaftlichen Wissenslücken – siehe ironischerweise bei Welzer selbst und die insgesamt geringe Kenntnis etwa über deutsche Verbrechen in der Ukraine – nach wie vor groß.

1 Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, Rede von Richard von Weizsäcker, Bonn 08.05.1985, https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html [05.09.2023].

Der erinnerungspolitische Konsens der eindeutigen deutschen Verantwortung für Holocaust und Vernichtungskrieg wird inzwischen nicht mehr nur von der AfD offen in Frage gestellt. Damit ist nicht gesagt, dass weite Teile der Gesellschaft nicht nach wie vor die erinnerungskulturellen Herausforderungen sehr ernst nehmen. Welzers Auftritt zeigt jedoch beispielhaft eine andere, beunruhigende Tendenz: die des deutschen Lehrmeisters, der anderen erklärt, wie das alles so war im Zweiten Weltkrieg. Besonders absurd war dies freilich, weil mit Melnyk jemand vor ihm saß, dessen Land gegenwärtig zum zweiten Mal in der Geschichte zum Opfer eines Angriffskriegs geworden ist.

Möge man jetzt einwenden, dass es doch auch in Deutschland Opfergeschichten gegeben habe, so muss man entgegenen: Ja, die gab es. Erstens jedoch ändert das nichts an Deutschlands Rolle als Aggressor, und zweitens war die Dimension der Kriegserfahrung in Deutschland im Vergleich mit der von osteuropäischen Staaten schlicht eine andere: Keine Stadt in Deutschland war so zerstört wie Warschau, niemand in Deutschland erlebte eine jahrelange Terrorbesatzung, in der Aushungerung, Versklavung, genozidale Gewalt und Massenerschießungen Teil des Alltags waren. Damit fehlt Deutschland auch eine Erfahrung, die für die Länder Osteuropas – etwa Polen, die Ukraine, Belarus und Russland – zentral war und ist: die des bewaffneten Kampfs gegen einen Gegner, der vernichten will. Ob als Rotarmist, als Partisanin in den Wäldern, als Angehöriger der polnischen Heimatarmee oder Kämpfer:in im jüdischen Ghetto von Warschau: Die Erinnerung an diese Erfahrungen ist für viele Länder des östlichen Europas sowie in der jüdischen Erinnerung zentral.

Es ist keine Schande, diese Dimension der Kriegserinnerung in osteuropäischen Ländern nicht zu kennen, erschreckend aber war, wie eindeutig Welzer zeigte, dass er ihnen noch nicht einmal ein Mindestmaß an Relevanz beimaß. Dabei wären sie heute wichtiger denn je. Schließlich wird die Entscheidung zum Kampf gegen einen Aggressor, der übermächtig erscheint, heute von vielen Ukrainer:innen getroffen. Das Verständnis dafür und auch der Respekt davor scheint etwa in Polen – wo es vergleichbare

Debatten wie in Deutschland in dieser Frage nicht gibt – sehr viel größer zu sein als hierzulande. Das ist nicht zuletzt deswegen bemerkenswert, weil Polen als direkter Nachbar der Ukraine von einer Ausweitung des Krieges auf NATO-Gebiet vermutlich sehr viel stärker betroffen wäre. Hinzu kommt, dass im russischen Staatsfernsehen Drohungen in Richtung Polen und Baltikum häufig ausgesprochen werden. Möglicherweise spielen hier historische Erfahrungen, wie etwa der tief im kollektiven Gedächtnis verankerte Warschauer Aufstand von 1944, eine Rolle.

Ironischerweise nehmen die Gegner:innen der Waffenlieferungen für sich in Anspruch, sich für die ukrainische Zivilbevölkerung stark zu machen, während die überwältigende Mehrheit der Ukrainer:innen Waffenlieferungen befürwortet. Trotzdem heißt es, man müsse das Leid beenden und Diplomatie sei schließlich besser als Krieg. Das wiederholt vorgebrachte Argument, dass ein Ende der Kampfhandlungen nicht das Ende der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung bedeuten würde (siehe Butscha und Irpin), wird von ihnen ebenso ignoriert wie die Frage, wie Verhandlungen aussehen könnten mit einem Gegner, der einen nachweislich vernichten will. Der ukrainische Journalist Denis Trubetskoy brachte die Irritation seiner Landsleute auf den Punkt: »›Es ist nicht unser Krieg‹ ist ein harter, aber legitimer Punkt. Ohne Grundkenntnisse stets über nicht konkret genannte ›Verhandlungslösungen‹ zu reden ist was anderes.«²

Insgesamt zeigt sich in diesem Krieg, dass Ukrainer:innen und Deutsche in unterschiedlichen Welten leben – das freilich nicht erst seit dem 24. Februar 2022. Schon die Proteste gegen das kleptokratische und autoritäre Regime des damaligen ukrainischen Präsidenten auf dem Kyjiwer Majdan im Winter 2013/14 trafen in Deutschland auf Unverständnis und offenbarten damals bereits einen bemerkenswerten Mangel an Empathie. Kommentatoren wie Jakob Augstein und Ingo Schulze (auch sie keine Kenner

2 Kommentar von Denis Trubetskoy auf Twitter: <https://twitter.com/denistrubetskoy/status/1524435470347816967?s=20&t=hx4lE3Zm66vV79P5B3cJqw> [12.05.2022].

der Ukraine) verwiesen etwa wiederholt darauf, dass Janukowytsch doch demokratisch gewählt worden und deswegen die Unterstützung der Proteste durch westliche Politiker:innen falsch gewesen sei.³ Dass Janukowytsch den Staat selbst für ukrainische Verhältnisse massiv ausgebeutet hatte, immer autoritärer regierte, missliebige Journalist:innen und Protestierende verprügeln ließ, schien weder Augstein noch Schulze zu interessieren. Eine bemerkenswerte Einschätzung aus einer deutschen Position heraus, wo Bundespräsidenten wegen nicht selbst finanzierten Ferientaufenthalten zurücktreten. Ähnlich verhielt es sich mit der Tatsache, dass die Faszination für Europa bei den Protestierenden so ausgeprägt war: Ein Perspektivwechsel, dass für die Menschen in einem von Korruption und Rechtsmissbrauch gebeutelten Land die Europäische Union – trotz all ihrer Defizite – zu einem Sehnsuchtsort werden kann, schien vielen nicht zu gelingen.

Diese unterschiedlichen Welten sind natürlich den in der Tat völlig unterschiedlichen Lebensrealitäten geschuldet. Dennoch offenbart sich bei einigen Akteur:innen in Politik und Gesellschaft ein wirklich erschütternder Mangel an Empathie. Nirgendwo wird das so deutlich wie in der »Debatte« um den ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk. Dieser ist zwar zweifelsohne kein klassischer Diplomat, aber der Grad der emotionalen Ablehnung, die ihm teilweise entgegenschlägt, ist angesichts des realen Leidens und Sterbens in seinem Land irritierend. Selbst einige Linke scheinen in dem Moment zu kleinbürgerlichen Patriot:innen zu werden, wenn ihr Bundeskanzler als »beleidigte Leberwurst« bezeichnet wird. Die Möglichkeit, dass man in Zeiten des Krieges solche Äußerungen – wenn sie einen denn so sehr empören – trotzdem ignorieren oder eher im privaten Raum besprechen kann, nehmen viele nicht wahr. Und in der Ukraine fragt man sich

3 Jakob Augstein: Das deutsche Desaster, in: Spiegel Online, 03.03.2014, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/krim-krise-jakob-augstein-ueber-das-versagen-der-westlichen-diplomatie-a-956573.html> [05.09.2023]; Ingo Schulze: Der blinde Fleck, in: Süddeutsche Zeitung, 29./30.03.2014.

nicht zu Unrecht: Wir sterben, fliehen, werden vergewaltigt, verlieren unser Zuhause, werden deportiert – und ihr echauffiert euch über unseren Botschafter? Really?

Ebenjener Botschafter war es dann auch, den Welzer über die besonderen deutschen Einsichten in Kriegserfahrungen belehren wollte. Melnyk selbst blieb angesichts der unfassbaren Überheblichkeit Welzers bemerkenswert ruhig, wies ihn lediglich darauf hin, dass er »kein Student« sei. War es vor allem gegenüber einem Botschafter ausgesprochen respektlos, ihn in dieser Weise zu adressieren, so wäre zugleich zu fragen, um wie viel es die Sache besser gemacht hätte, wenn Melnyk tatsächlich Welzers Student gewesen wäre.

Anders formuliert: Wie viele Professor:innen in Deutschland sprechen in diesem Gestus mit ihren Studierenden? Eine Frage, die sich empirisch freilich kaum beantworten lässt. Allein die hierarchische Struktur des deutschen Wissenschaftssystems begünstigt jedoch, dass auf unbefristete Professuren berufene Personen sich während ihrer Laufbahn durch die Macht gegenüber befristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen tendenziell wenig kritischer Gegenrede stellen müssen. Dies wiederum befördert zumindest bei einigen – überspitzt gesagt – den Glauben an die eigene intellektuelle Unfehlbarkeit und die unbedingte Relevanz eigener Einschätzungen, während das Gegenüber in die Rolle des dankbar Lernenden verwiesen wird, für eine ernsthafte Diskussion sind das schlechte Voraussetzungen.

Fazit: Wir haben in Deutschland in mehreren Hinsichten noch viel zu lernen – nicht nur von den Ukrainer:innen.